fere Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland, für die „Mitregierung Hitlers".

Deshalb ist der morgige Tag von so großer Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft, für ihre Gegenwart und für ihre Zukunft.

Millionen proletarischer Stimmen für Thälmann sind von sehr praktischer, entscheidender Bedeutung schon für die nächsten Wochen. Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind schon heute für drei bis vier Millionen Arbeiter und Angestellte gekündigt. Für weitere Millionen sind in den nächsten Wochen Kündigungen zu erwarten. Lohnabbau für sechs bis sieben Millionen Arbeiter und Angestellte, sowie endgültige Zerschlagung des Tarifvertrages, radikale Senkung der Erwerbslosenunterstützung — das sind die Perspektiven der nächsten zwei Monate.

Gehen morgen viele Millionen deutsche Arbeiter an die Urnen und wählen Thälmann, so wird diese gewaltige Willensäußerung des deutschen Proletariats nicht ohne Eindruck auf den Klassenfeind bleiben.

Die Millionenzahlen für Thälmann werden in den Ohren der Bourgeoisie als kategorische Kampfansage klingen. Die Millionenzahlen für Thälmann werden der deutschen Kapitalistenklasse in der einzig für sie verständlichen Sprache einhämmern: Auch die Geduld der deutschen Arbeitermassen hat ihre Grenze!

Die Herren in den Konzernbüros und in den Regierungsstuben werden sich bei einem mächtigen Bekenntnis von vielen Millionen Proletariern zum Kommunismus überlegen müssen, wie weit sie ihren weiteren Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterschaft wagen können.

Deshalb, deutscher Arbeiter, ist die vergiftete Lüge der Kapitalslakaien: „Thälmann ist Zählmann" so schamlos und niederträchtig. Nein, hundertmal nein! Jede Million Stimmen für Thälmann ist ein Faustschlag gegen die Lohnräuber, ein wirkungsvolles Mittel, ihnen ihren Appetit zu beschneiden.

Jede Million Stimmen für Thälmann ist eine Mahnung für die Kriegstreiber, für die Kriegsindustriellen, für ihre Lakaien, vergeßt es nicht, Frauen und Mütter!

Deutsche Arbeiter, ihr seid eine riesige, unbesiegbare Kraft. Ihr seid imstande, den Faschismus zu schlagen, die Notverordnungsdiktatur zu beseitigen. Ihr müßt nur in der richtigen Front unter revolutionärer Führung, unter den Fahnen der KPD kämpfen!

Deutsche Arbeiter, euer Schicksal ist in eurer eigenen Hand. Vieles steht auf dem Spiele. Ihr müßt euch entscheiden.

Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse nur eine Entscheidung, es gibt nur einen Weg, den sie gehen muß, den Weg des Widerstandes, den Weg des Kampfes. Jedes Ausweichen, jede Konzession, jedes Nachgeben stärkt den Klassenfeind, macht ihn brutaler, weckt seine Angriffslust. Es ist Pflicht und Ehre jedes klassenbewußten Arbeiters, sich in die Widerstandsbewegung einzureihen.

Die deutsche Arbeiterschaft braucht die kühne, hinreißende, durchschlagende Aktion der Klasse. Nur ihr, klassenbewußte deutsche Proletarier, seid imstande, die großen Massen eurer Klassenbrüder für diese Aktion mitzureißen, in den Kampf zu führen. Das ist eure Aufgabe, das ist eure Pflicht. Deshalb heißt es für die klassenbewußte Arbeiterschaft, alles daranzusetzen, um diese Aktion zu organisieren. Die morgige Wahl ist ein bedeutender Anfang.

Wir appellieren an euch, deutsche Arbeiter, deutsche Arbeiterfrauen, Männer und Frauen der Arbeit. Wir appellieren an die Klasse der entrechteten und unterdrückten deutschen Proletarier. Wir sagen euch: Ihr müßt euch für die rote Front entscheiden, wenn ihr nicht noch weiter in Elend und Not herabsinken wollt.

Morgen wird gewählt. Morgen werden Millionen deutsche Arbeiter der Ausbeuterklasse gegenüber ihren Willen zum Kampf bekunden. Morgen wird die deutsche Arbeiterschaft durch die Stimmabgabe für Thälmann, für den revolutionären Kampf, für ein freies sozialistisches Deutschland stolz und mutig den Ausbeutern ankündigen:

Ihr wollt unsere Elendslöhne noch weiter abbauen, ihr wollt uns die letzten Rechte im Betrieb nehmen, ihr wollt den endgültigen Triumph des Faschismus. Wir werden uns wehren, wir rüsten zur Abwehr, wir rüsten zum Angriff!

Alle Ortsgruppen müssen melden

Morgen abend, nach Schluß der Wahlhandlung, müssen alle Ortsgruppen in jedem Wahllokal einen Vertreter bei der Stimmenauszählung haben.

Die Wahlresultate der einzelnen Orte müssen sofort telefonisch an die Redaktion der Arbeiterstimme nach Dresden, unter den Nummern 17 259 oder 14 191 durchgegeben werden.

Vergeßt nicht die Vergleichszahlen vom 1. Wahlgang und von der letzten Reichstagswahl 1930 mit anzugeben!

Außerdem fordern wir alle Ortsgruppen auf, wichtige politische Ereignisse (Ueberfälle der Nazis, Verhaftungen usw.) gleichfalls telefonisch zu berichten. Für diese Meldungen ist ein Telefondienst von 10 Uhr ab eingerichtet. Redaktion der Arbeiterstimme.

Severing verkündet in Hamburg:

Die SPD wird mit Hitler regieren!

Eine provokatorische Erklärung des preußischen Innenministers in einer SPD-Versammlung. Dahin führt die Politik des „kleineren Uebels"

Am Donnerstagabend erklärte der sozialdemokratische Innenminister Preußens, Severing, in einer Wahlkundgebung der SPD bei Sagebiel in Hamburg:

„Wir werden mit allen Gruppen und Parteien zusammenarbeiten, die über den Rahmen ihrer Parteiinteressen hinaus das Wohl des ganzen Landes im Auge haben."

„Ich wünschte, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Ich würde gern mit einer solchen Partei ein Stück des Weges des Wiederaufbaues gehen."

„Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Ueberzeugung, daß wir der Mitbeteiligung der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberständen."

Diese Worte sprach Severing zu derselben Zeit, da die sozialdemokratische Presse auch in Sachsen die Arbeiter mit dem Geschrei: „Vor dem Verbot der SA" zu täuschen versucht. In Verbindung mit Severings Scheinaktion gegen die Nazis, die das aktenmäßige Material über die planmäßigen Bürgerkriegsvorbereitungen der Hitlerfaschisten erbrachte und dessen wesentlichster Teil von der Preußenregierung nicht veröffentlicht wird, weil er die Verbindung der Nazis zur Brüningregierung bloslegen würde, hat die SPD-Presse eine riesenhafte Reklame gemacht.

Am selben Tage der Severing-Versammlung wurde das sozialdemokratische „Hamburger Echo" mit den Worten ausgerufen:

„Vor der Verhaftung Hitlers wegen Hochverrat!"

Und dann kam Severing und erklärte, daß seine Partei mit Hitler regieren will.

Die Rede Severings war keine Zufälligkeit. Er hat mit ihr die zweite Aera der Tolerierungspolitik der preußischen Sozialdemokratie offiziell eingeleitet, wie sie nach den Landtagswahlen am 24. April akut sein wird. In ihr hat Severing nachdrücklichst die Offerte seiner Partei abgegeben, daß sie unter allen Umständen bereit ist, in einer Koalitionsregierung bis zu den Nazis zu sitzen und gemeinsam mit ihnen zu regieren.

Das ist der Weg der SPD, über die Panzerkreuzer, Notverordnungen, über Brüning-Hindenburg zu Hitler. Die Rede Severings zeigt den sozialdemokratischen Werktätigen erneut, daß ihre sozialfaschistischen Führer die faschistische Hauptstütze der Bourgeoisie sind.

Der Weg des „kleineren Uebels" ist der Weg zum nackten Faschismus und wird damit zum größten Uebel für das werktätige Volk. Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen sich wieder um eine Hoffnung betrogen und müssen daraus die Konsequenzen ziehen, daß sie in die rote Einheitsfront gehören, in die Front Ernst Thälmanns. Er ist der Vertreter der proletarischen Klasse gegen die faschistische Bourgeoisie, unter der Führung seiner Partei organisieren die Werktätigen den Kampf für den Sozialismus.

Mögen die SPD-Führer mit noch so skrupelloser Demagogie versuchen, die SPD-Arbeiter an der Stange zu halten, es klappt nicht und muß die Erkenntnis reifen, daß ihre Führer das Werkzeug der faschistischen Bourgeoisie sind, die den Nazis helfen, weil sie selbst die sozialfaschistische Hauptstütze der Kapitalisten sind, mit denen das Finanzkapital im beständigen Wechselspiel mit den Nationalsozialisten gegen die Werktätigen regieren.

Der sozialdemokratische Arbeiter gehört in die rote Einheitsfront, deren Führer Ernst Thälmann ist.

Ueber 25000 Kölner Arbeiter begrüßen den roten Arbeiterkandidaten

Rheinlandhalle mit sämtlichen Nebenräumen überfüllt und polizeilich geschlossen. Ernst Thälmanns Kampfruf für ein freies sozialistisches Deutschland!

Köln, 8. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die heutige Thälmann-Kundgebung war ein gewaltiger Erfolg der roten Einheitsfront. Ernst Thälmann, der rote Kampfkandidat, sprach in der Rheinlandhalle, dem größten Saal von Köln. Ueber 25 000 Menschen wollen Thälmann hören. Sämtliche angrenzenden Nebenräume sind überfüllt und polizeilich geschlossen. Bereits am frühen Nachmittag begann der Einmarsch. Kurz nach 20 Uhr betrat Genosse Thälmann an der Spitze einer großen Fahnendelegation — stürmisch begrüßt — den Saal. Der Gesang der „Internationale" erbrauste.

Delegationen aus sämtlichen Kölner Großbetrieben marschieren auf. Besonderes Aufsehen erregten Straßenbahner und Eisenbahner in voller Uniform. Mit stürmischem Beifall wurden die Straßenbahner empfangen, die ein Schild trugen mit der Aufschrift: „Für die rote Kommune." Die Delegationen der städtischen Betriebe „Fuhrpark" waren ebenfalls in voller Uniform, Afü-Arbeiter, Rheinschiffer, sämtliche Großbetriebe aus dem Bezirk Mittelrhein, insbesondere die Rüstungsbetriebe, wurden mit großem Beifall empfangen.

Genosse Thälmann rechnete in seinem Referat mit den Nazis, der SPD und dem Zentrum scharf ab. Als er das Rednerpult betritt, braust minutenlanger Beifall durch den Saal. Seine Rede wurde dauernd durch tobenden Beifall unterbrochen. Der wuchtige Appell des roten Kampfkandidaten findet tosenden Widerhall bei den Massen. Sein Kampfruf für ein freies sozialistisches Deutschland wird begeistert weitergetragen.

Scheringers Haftentlassung abgelehnt

Nazi-Dreher kommt nicht, aber das Geld steckt er in die Tasche

Leipzig, 8. April. (Eig. Drahtber.)

Vor dem Reichsgerichtsgebäude stehen heute wieder starke Gruppen, die über den Scheringerprozeß diskutieren. Wieder rücken Hundertschaften der Schupo an.

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit einer Beschwerde des Verteidigers, Genossen Rechtsanwalt Dr. Obuch. Er erklärt, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dreher hat dem Verteidiger ein Schreiben zugehen lassen, wonach er es ablehnt, vor Gericht zu erscheinen. Das Fahrgeld aber hat Dreher sich vom Gerichtsvollzieher auszahlen lassen und in die Tasche gesteckt. Rechtsanwalt Obuch beantragt, daß dieser Zeuge durch das Gericht geladen wird.

Zur Verlesung kam ein Brief, den Scheringer an einen ehemaligen SA-Mann in Ulm geschrieben hatte und der in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" erschien. Dadurch ist eigentlich das ganze Verfahren in Fluß gekommen. In diesem Brief soll der Regierung Verrat am Volke vorgeworfen worden sein. Der Inhalt des Briefes beschäftigt sich mit der Wehrmacht und Kirche. Er schließt mit einem Appell an die SA-Leute: „Es lebe Sowjetdeutschland!"

Vorsitzender: „Na, Herr Scheringer, Sie wußten doch, daß in Ulm ein Scheringer-Aufgebot der SA besteht und daß ein solcher Brief wie ein Lauffeuer ganz Ulm in Unruhe bringen mußte"

Vorsitzender: „Was verstehen Sie unter Interventionskrieg?"

Scheringer: „Schon der japanische Krieg ist ein Interventionskrieg. Unser Feind steht nicht in Rußland, sondern im kapitalistischen Westen. (Mit erhobener Stimme.) Wir werden gegen die Sowjetunion. Aber wir verraten das kapitalistische Deutschland mit Bewußtsein!"

Vorsitzender: „Bestreiten Sie, Scheringer, daß Sie die Reichsverfassung bekämpfen?"

Scheringer: „Ihre Reichsverfassung ist doch nur der Ausdruck der Machtverhältnisse. Dieses Stückchen Papier ist doch nicht entscheidend. Um die Verfassung zu beseitigen, müßte man die Gesellschaftsordnung beseitigen."

Der Vorsitzende verliest einen weiteren Brief, wonach Scheringer feststellt, daß Hitler seine Partei koalitionsreif mache.

Vorsitzender: „Was dachten Sie dabei?"

Scheringer: „Ja, jetzt hat er sogar den Beamtreich preisgegeben."

Vorsitzender: „Hier sind noch einige Briefe an einen Nicht-Jüngling."

Der Verteidiger Obuch springt auf: „Ich möchte wissen, warum die Briefe an Jünglinge verlesen werden. Es hat ... heißen, daß Scheringer die Jugend verführe. Das zwingt mich zur Gegenstellungnahme."

Vorsitzender: „Ich will doch bloß zeigen, wie die Propaganda Scheringers in der Jugend einschlug."

Verteidiger: „Ich möchte feststellen, daß ich den Eindruck habe, daß man dem Angeklagten etwas Nachteiliges beweisen will. Er kann der Jugend nichts anderes sagen, als er auch älteren Leuten schreibt."

Vorsitzender: „Sie protestieren sonst gegen den imperialistischen Krieg. Aber wenn es dazu kommt, wollen Sie ihn in einen Bürgerkrieg umwandeln."

Scheringer: „Ja, das ist unbedingt notwendig."

Damit schließt die Verlesung weiterer Briefe ab und der Verteidiger, Rechtsanwalt Obuch, beantragt Haftentlassung.

Nach der Mittagspause verkündet der Senat folgenden Beschluß: Die Haftentlassung des Angeklagten Scheringer lehnt der Senat abgelehnt, da Fluchtverdacht angenommen wird. Dieser Beschluß wird im Zuhörerraum unwillig aufgenommen.

Blutige Streikkämpfe in Budapest

Ausbreitung des Streiks. Polizeiattacken gegen Streikversammlung

Wien, 8. April. (Eig. Meldung.)

Dem vierundzwanzigstündigen Setzerstreik in Budapest, der nunmehr weiter fortdauert, haben sich bereits vorgestern die ungarischen Donauschiffer und die Budapester Bauarbeiter angeschlossen. Gestern früh wurde in keinem Budapester Betrieb die Arbeit aufgenommen. Die Straßenzüge und insbesondere die Fabriken werden von starken Polizeikommandos bewacht. In die größeren Betriebe wurden Polizeibereitschaften beordert, die seit vorgestern nacht Posten stehen. Außerdem patrouillieren in den Straßen verstärkte Truppen, wobei neben jedem Wachmann ein Gendarm oder ein Soldat der Horthy-Armee mit aufgepflanztem Bajonett marschiert.

Trotzdem kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Protestkundgebungen der streikenden Arbeiter. In diesen Versammlungen ist es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Im Stadtwäldchen nahmen gestern früh mehrere tausend Arbeiter an einer improvisierten Versammlung teil. Eine riesige Polizeibereitschaft zu Fuß und zu Pferd rückte an, um die Versammlung aufzulösen. Der Redner wurde aufgefordert, die Versammlung sofort abzubrechen. Er leistete jedoch dieser Aufforderung nicht Folge, worauf sich mehrere Horthy-Beamte brutal auf ihn stürzten und ihn mit gezogenem Säbel bearbeiteten. Der Redner stürzte blutüberströmt zusammen. Die streikenden Arbeiter brachen in heiße Empörung aus. Tobende Pfuirufe erschallen. Daraufhin unternahm die Polizei gegen sie eine Attacke mit blanker Waffe. Viele Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. Auch in anderen Streikversammlungen ging die Polizei mit größter Brutalität vor.